

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Protokoll

39. Sitzung (nicht öffentlich)

31. August 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenograph: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 a) Stellenschlüsselung gem. § 1 Nr. 11 der Verordnung zu § 26
Abs. 6 Nr. 1 BBesG**

- Planstellen des gehobenen Dienstes in der Finanzgerichtsbarkeit

Vorlage 11/2288

Dieser Punkt wird nicht behandelt.

b) Einrichtung von Leerstellen für den Erziehungsurlaub

Vorlage 11/2325, 11/2335 und 11/2338

1

Der Einrichtung von Leerstellen für Erziehungsurlaub gem. den o. g. Vorlagen stimmt der Ausschuß bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig zu.

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510

2

Zu den Abstimmungsergebnissen siehe Vorlage 11/2231.

- - - - -

Aus der Diskussion

Zu TOP 1 a) und 1 b) siehe Beschlußteil.

- 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510

Der Vorsitzende erläutert zu Beginn, die von der Landesregierung im Nachtragshaushaltsgesetz 1993 vorgesehene kw-Stellung von 176 Stellen im Vorprüfungsbereich bedürfe des Einvernehmens mit dem Landesrechnungshof. Das wiederum stehe in Verbindung mit der Neuorganisation der externen Finanzkontrolle, zu der noch kein Kabinettsbeschluß vorliege.

Der Präsident des Landesrechnungshofs habe vorab in Abstimmung mit dem Finanzminister sein Einvernehmen zugesichert, sollte das Kabinett entsprechend beschließen. Der Ausschuß für Haushaltskontrolle habe soeben vor der Sitzung dieses Unterausschusses bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorbehaltlich der förmlichen Zustimmung des Präsidenten des Landesrechnungshofs zur Neuorganisation der externen Finanzkontrolle sowie der kw-Stellung von 176 Stellen im Vorprüfungsbereich zugestimmt.

Präsident Dr. Munzert (Landesrechnungshof) erinnert daran, daß zwischen der kw-Stellung der 176 Stellen und der Neuorganisation der externen Finanzkontrolle ein Junktim bestehe. Er zitiert folgenden Satz aus der Kabinettsvorlage: Der Landrech-

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993

es-hu

nungshof habe angekündigt, sein Einvernehmen zu der kw-Stellung von 176 Stellen im Vorprüfungsbereich zu erteilen, nachdem die Landesregierung die Neuorganisation der externen Finanzkontrolle beschlossen habe. Die gesamte Angelegenheit sei etwas schwierig, da die Beschlußfassung im Kabinett und die Beratungen im Ausschuß parallel liefen.

Der Unterausschuß "Personal" nimmt den Vorgang zur Kenntnis.

Abgeordneter Walsken (SPD) kündigt für seine Fraktion für die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Antrag zum Einzelplan 05 an, mit dem die Ausweisung von zwei bis zum 31. Dezember 1995 befristeten Stellen für die Durchführung von Schulversuchen gefordert werde.

Hinweis: Die im folgenden aufgeführten lfd. Nrn. beziehen sich auf Vorlage 11/2231. Die darin enthaltenen Begründungen und Abstimmungen der einzelnen Anträge werden in diesem Protokoll nicht wiederholt.

Zu lfd. Nr. HG/1a:

Abgeordneter Walsken (SPD) sieht Schwierigkeiten in der Umsetzung des zweiten Satzes: "Bei Eignung ist diesen Bediensteten die Stelle zu übertragen."

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) schlägt vor, diesen Satz wie folgt zu ändern: "Bei Vorliegen der Voraussetzungen ..."

Abgeordneter Schittges (CDU) räumt ein, nicht um jeden Preis müsse die jeweilige Stelle einem Bediensteten im Sinne des Antrags übertragen werden. Ihm komme es auf eine vernünftige Lösung an, daß Umsetzungen im Sinne des Antrags möglich seien. Insofern schlage er die Formulierung "Bei Eignung soll ..." vor.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993

es-hu

Auf Anregung des Abgeordneten Walsken, beide Änderungsvorschläge zusammenzufassen, kommt der Unterausschuß "Personal" zu folgendem Wortlaut des zweiten Satzes:

Bei Vorliegen der Eignungsvoraussetzungen soll diesen Bediensteten die Stelle übertragen werden.

Zu lfd. Nr. HG/1b:

Abgeordneter Schittges (CDU) wünscht zur Überprüfung der Realisierung der mit dem von der Landesregierung geplanten Abbau von 7 200 Stellen im Zusammenhang stehenden kw-Vermerke eine vierteljährlich fortgeschriebene Information durch die Landesregierung. - Dieses Anliegen wird vom Vorsitzenden unterstützt, der den Vorschlag, der mit einem zumutbaren Aufwand verbunden sei, für eine gute Sache hält.

ORR Brommund (FM) weist darauf hin, daß die Landesregierung vor etwa zwei Jahren den Auftrag erhalten habe, ein automatisiertes Stellenverwaltungssystem aufzubauen. Zur Zeit befinde man sich in der Vorbereitungsphase. Insofern bestehe momentan keine Möglichkeit, jede im Lande frei werdende, nicht kw-behaftete Stelle daraufhin zu kontrollieren, ob sie von die Voraussetzungen erfüllenden Personen, die auf einer kw-Stelle saßen, wiederbesetzt worden sei. Um eine vierteljährliche Berichtspflicht zu bewerkstelligen, müßte permanent an jede personalführende Stelle herangetreten werden. Die Automation in diesem Bereich liege in den Startlöchern. Gleichwohl werde im Rahmen der jährlichen Behandlung des Personalhaushalts die Entwicklung der kw-Stellen fortgeschrieben.

Nach Meinung des Abgeordneten Wickel (F.D.P.) ist der Finanzminister schon viel weiter gewesen. Er fragt, ob der alte Zustand, daß es beim Innenminister hake, der als Datenbeauftragter dieses Thema überwache, noch andauere. - Als Grundlage für Gespräche mit anderen Ressorts werde gegenwärtig eine technische Machbarkeitsstudie durchgeführt, entgegnet ORR Brommund (FM).

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993

es-hu

Abgeordneter Schittges (CDU) hält den zuvor beschlossenen Antrag für obsolet, wenn die auf diese Weise erfolgte Realisierung von kw-Vermerken nicht nachvollzogen werden könne.

Abgeordneter Walsken (SPD) weist darauf hin, daß die vom Abgeordneten Schittges angesprochenen kw-Vermerke erst Ende 1994 wirksam würden. Er schlage daher vor, dieses Thema im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 1994 abzuhandeln.

Abgeordneter Schittges (CDU) hält die Argumentation seines Vorredners nicht für schlüssig und ist überzeugt, daß zu dem vom Abgeordneten Walsken vorgeschlagenen Beratungstermin eine ähnliche Diskussionsgrundlage vorliegen werde. Schließlich werde von den Abgeordneten eine Antwort auf die Frage erwartet, wie das Parlament den Abbau von 7 200 Stellen kontrolliere. Daher erwarte er vom Finanzminister für die nächste Sitzung eine Stellungnahme zum beabsichtigten Prozedere.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) lehnt es ab, so zu tun, als könne der Unterausschuß "Personal" die Schwierigkeiten, die in den Häusern bestünden, überwinden. Bisher habe für die vom Abgeordneten Schittges geforderte Berichterstattung auch die tatsächliche Voraussetzung gefehlt. Die Thematik werde erst 1994 interessant. Im übrigen warne er vor einem Schnellschuß.

ORR Brommund (FM) wiederholt: Bisher könne - auch im Hinblick auf die alten kw-Vermerke - eine jährliche Aufstellung darüber, wann kw-Vermerke ausgebracht und wann sie realisiert worden seien, geleistet werden. Eine vierteljährliche Aufstellung wäre mit erheblich mehr Arbeitsaufwand sowohl im Finanzministerium als auch in den anderen Ressorts verbunden. Ferner bestehe noch keine technische Möglichkeit gegenüberzustellen, ob Personen Stellen frei machten, auf die jemand gesetzt werden könnte, der auf einer mit einem kw-Vermerk versehenen Stelle sitze und darüber hinaus über die entsprechenden Voraussetzungen verfüge.

Abgeordneter Walsken (SPD) macht darauf aufmerksam, daß in den jährlichen Haushaltsplanberatungen ohnehin die Realisierung alter kw-Vermerke kritisch hinterfragt werde. Vor dem Hintergrund des Nachtragshaushalts 1993 eine solche Überprüfung für alle 350 000 Beschäftigten des Landes vorzunehmen, obwohl der Abbau der Stellen, die jetzt kw-gestellt worden seien, erst Ende 1994 wirksam werde,

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993
es-hu

erachte er als nicht sachgerecht und plädiere deshalb dafür, diesen Antrag wortgleich in den Haushaltsberatungen für das Jahr 1994 einzubringen.

Auf Nachfrage erklärt **ORR Brommund (FM)**, daß es bereits in 1993 in geringem Umfang Stellen mit kw-Vermerken aus der Umsetzung der Organisationsgutachten gebe.

Abgeordneter Schittges (CDU) bekräftigt seinen Antrag, am Jahresende und dann vierteljährlich eine Aufstellung der mit dem Abbau der 7 200 Stellen im Zusammenhang stehenden kw-Vermerke nachvollziehbar zu erhalten.

Zu lfdn. Nrn. ALLG/1a, ALLG/2 und 03/02

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) erklärt, die Flickschusterei, die mit dem Antrag der SPD - lfd. Nr. 03/02 - wiederholt vorgenommen werde, würde mit dem Antrag der F.D.P. insgesamt überwunden, dessen Umsetzung etwa 10 Millionen DM betragen würde, antwortet er auf eine Nachfrage des Abgeordneten **Schittges (CDU)**.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) bittet darum, in dem unter ALLG/1 aufgeführten Antrag nach dem Wort "Steuerfahndung" das Wort "Betriebsprüfung" hinzuzufügen, da gerade auf diesem Gebiet die Personalprobleme mindestens genauso groß, die Einnahmen daraus aber wesentlich höher seien als bei der Steuerfahndung.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) entgegnet, er verlasse sich auf die Aussage des Finanzministers, wonach bei der Betriebsprüfung ausweislich der nordrhein-westfälischen Ergebnisse ein Bedarf nicht gesehen werde.

Abgeordneter Frechen (SPD) weist auf einen Ende vergangenen Jahres beschlossenen Entschließungsantrag hin, nach dem die Unterschlüsselung zu beseitigen sei, wozu der vorliegende Antrag seiner Fraktion diene. Nach diesem ersten Schritt im Nachtragshaushalt 1993 solle mit den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 1994 der zweite Schritt vollzogen werden.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993

es-hu

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) erwidert, der Antrag der SPD erscheine durchaus folgerichtig, beschere den Kommunen aber erhebliche Probleme. Nun gehe man auf die Forderungen der Feuerwehren ein, deren Argumente sich als genauso stichhaltig darstellten. Die Gefahr der vielen Einzelschritte bestehe darin, daß man immer tiefer in den finanziellen Sumpf gezogen werde. Insofern halte er den Antrag der F.D.P. für konsequenter, und mehr sei im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten nicht drin.

Abgeordneter Frechen (SPD) verdeutlicht, daß die Maßnahmen im Antrag seiner Fraktion im Rahmen des im gehobenen Dienst der Polizei bestehenden Nachholbedarfs lägen. Selbst nach den Absichtserklärungen seiner Partei würden sich die Beamten der Schutzpolizei bis 1995 erst zu gut einem Drittel im gehobenen Dienst befinden. Dies könne als Gegenargument gegenüber den anderen Begehrlichkeiten angeführt werden.

Abgeordneter Walsken (SPD) meint, seine Fraktion werde den F.D.P.-Antrag ablehnen, da dieser das gesamte Finanzkonzept ins Rutschen brächte. Gleichwohl müsse er anerkennen, daß der Antrag die Wunden der Problematik erkannt habe.

Zu lfd. Nr. 01/1

Der **Vorsitzende** schickt voraus, entweder lasse man die kw-Vermerke für den Reinigungsdienst wegfallen, was dem Wunsch des Präsidiums des Landtags entspreche, oder sie würden entsprechend dem Entwurf der Landesregierung für den Nachtragshaushalt 1993 bzw. entsprechend dem Petitum des Finanzministers angebracht.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) erbittet eine Stellungnahme des Präsidiums, bevor der Unterausschuß zu der Problematik einen Beschluß fasse. Im übrigen sei nunmehr eine Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung in Aussicht genommen.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993
es-hu

Der **Vorsitzende** führt aus, der Hauptausschuß habe sich ausführlich mit dieser Problematik befaßt und dem Unterausschuß aufgetragen, eine Entscheidung herbeizuführen. Das grundsätzliche Anliegen des Unterausschusses liege in der Privatisierung des Reinigungsdienstes. Er persönlich halte sein Büro für genauso sensibel wie das Zimmer der Präsidentin. Wichtige Unterlagen könnten in beiden Fällen eingeschlossen werden, so daß einer Privatisierung des Reinigungsdienstes nichts im Wege stünde. Dagegen finde man private Garderobendienste in keinem Unternehmen.

Abgeordneter Schittges (CDU) sieht, ohne jemandem nahetreten zu wollen, eine gewisse Unterscheidung hinsichtlich der sensiblen Bereiche im Landtag. In der bis jetzt geführten Diskussion zu dem Thema sei deutlich geworden, daß die Präsidentin nicht alles einschließen könne. Er erbitte daher für die nächste Sitzung eine kurze Stellungnahme der Landtagsverwaltung, aus der hervorgehe, in welchen Bereichen die jetzt noch verbliebenen Reinigungskräfte tätig seien.

Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD) begrüßt die Differenzierung in der Argumentation ihres Vorredners und ruft ins Gedächtnis, daß die Problematik der Vertretung für die Garderobenfrauen in der bisherigen Diskussion auch schon eine Rolle gespielt habe. In der Stellungnahme der Verwaltung sollten darüber hinaus die Problematik der sensiblen Bereiche und das Thema Vertretung behandelt werden. Da man heute noch nicht weiterkomme, sollte dieser Beratungsgegenstand geschoben werden.

LMR Welz (LT) erläutert, die Diskussion um private Reinigungsdienste sei mit dem Bezug des neuen Landtagsgebäudes in Gang gekommen. Seitdem hätte der Landtag zwei Drittel des Reinigungsdienstes privatisiert; ein Drittel würde noch in eigener Regie geführt. Damals habe man argumentiert, im sogenannten sensiblen Bereich - Präsidentin, Vizepräsidenten und Fraktionsvorsitzende - sollten Reinigungskräfte des Hauses tätig sein. Darüber hinaus gebe es parlamentspezifische Reinigungsbedarfe. Ferner verträten die Reinigungskräfte die Kolleginnen des Garderobendienstes. Diesen Tätigkeitsbereich privat zu organisieren sei zwar vorstellbar, aber es könne noch nicht zuverlässig vorhergesagt werden, ob eine solche Struktur billiger komme, da bei den Privatunternehmen Reinigungskräfte parlamentspezifisch beispielsweise bis 23 Uhr vorgehalten werden müßten.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
39. Sitzung

31.08.1993
es-hu

Im übrigen seien gegenwärtig die zehn Stellen für Reinigungskräfte besetzt. Da sich in dem Bereich hinsichtlich der Stellenfluktuation ohnehin nichts tue, könnte man sich diesem Thema während der nächsten Haushaltsplanberatungen widmen.

gez. Bensmann
Vorsitzender

20.09.1993 / 23.09.1993

240